

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 14. November 1984

am Donnerstag, dem 15. November 1984

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Antretter (SPD)	9	Frau Reetz (DIE GRÜNEN)	54, 55
Austermann (CDU/CSU)	38, 39	Frau Roitzsch (Quickborn) (CDU/CSU)	91, 92
Frau Dr. Bard (DIE GRÜNEN)	23, 24	Dr. Rose (CDU/CSU)	72
Böhm (Melsungen) (CDU/CSU)	8	Sauer (Salzgitter) (CDU/CSU)	80, 81
Conradi (SPD)	60, 61	Sauermilch (DIE GRÜNEN)	70, 71
Dr. Czaja (CDU/CSU)	19, 75	Schmidbauer (CDU/CSU)	36, 37
Dr. Ehmke (Ettlingen) (DIE GRÜNEN)	88, 89	Dr. Schmidt (Gellersen) (SPD)	34, 35
Eigen (CDU/CSU)	30, 31	Dr. Schöffberger (SPD)	52, 53
Dr. Emmerlich (SPD)	16, 17	Schulhoff (CDU/CSU)	84, 85
Frau Gottwald (DIE GRÜNEN)	78, 79	Dr. Schwenk (Stade) (SPD)	29
Hansen (Hamburg) (SPD)	56, 57	Sielaff (SPD)	86, 87
Immer (Altenkirchen) (SPD)	21, 22	Dr. Sperling (SPD)	66, 67
Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	1	Stahl (Kempfen) (SPD)	58, 59
Kirschner (SPD)	43, 44	Dr. Stavenhagen (CDU/CSU)	6
Kleinert (Marburg) (DIE GRÜNEN)	65, 90	Stiegler (SPD)	4, 20
Dr. Klejdzinski (SPD)	82, 83	Stockhausen (CDU/CSU)	28
Dr. Kübler (SPD)	5	Stutzer (CDU/CSU)	2, 3
Kuhlwein (SPD)	73, 74	Toetemeyer (SPD)	63, 64
Frau Dr. Lepsius (SPD)	76, 77	Uldall (CDU/CSU)	12, 13
Milz (CDU/CSU)	40, 41	Urbaniak (SPD)	42
Müller (Schweinfurt) (SPD)	25, 26	Frau Dr. Vollmer (DIE GRÜNEN)	32, 33
Müller (Wesseling) (CDU/CSU)	18	Waltemathe (SPD)	68, 69
Müntefering (SPD)	10, 11	Frau Weyel (SPD)	27
Neumann (Bramsche) (SPD)	14, 15	Wieczorek (Duisburg) (SPD)	7
Frau Nickels (DIE GRÜNEN)	50, 51	Wilz (CDU/CSU)	48, 49
Pauli (SPD)	46, 47	Würtz (SPD)	45
Peter (Kassel) (SPD)	93, 94	Zander (SPD)	62

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	3
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	9
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	13
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	14
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	16
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	16

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
innerdeutsche Beziehungen**

1. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Trifft es nach den Erkenntnissen der Bundesregierung zu, daß in diesem Jahr rechtswidrige Übergriffe des Anstaltspersonals in den Haftanstalten der DDR gegen politische Häftlinge wieder erheblich zugenommen haben, insbesondere das Prügeln von Häftlingen, ihr Anketten an das Zellengitter, Psycho-Terror bis zum Selbstmord, Nachverurteilung während der Haft für nicht strafbare Handlungen wie die Beratung von Mitgefangenen in Ausreiseangelegenheiten sowie das Unversorgtlassen von Häftlingen im Erkrankungsfall mit der Folge mehrerer Herztode, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Entwicklung in der Behandlung politischer Häftlinge in der DDR?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie und Gesundheit**

2. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung Klagen Gehörloser und ihrer Organisationen darüber, daß in Fällen erforderlicher Inanspruchnahme von Gehörlosendolmetschern beispielsweise bei Verhandlungen mit Behörden die Kostenübernahme durch Sozialämter an enge Einkommensgrenzen gebunden ist, besonders unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die ohnehin vielfältig benachteiligten Gehörlosen auch im beruflichen Fortkommen beeinträchtigt sind und im Regelfall nur unterdurchschnittliche Einkommen erzielen können?
3. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung – gegebenenfalls im Zusammenwirken mit Ländern und Kommunen – zu einer Prüfung bereit, ob im Rahmen der Regelungen des Bundessozialhilfegesetzes oder in anderer Weise die Inanspruchnahme von Gehörlosendolmetschern durch die Betroffenen besser finanziell gefördert werden kann als nach den jetzigen Regelungen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung
und Technologie**

4. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Dienen die Erdwärmebohrungen in Falkenberg (Oberpfalz) gleichzeitig der Sondierung der Möglichkeiten einer Endlagerung atomarer Abfälle im Granitgestein, und erwägt die Bundesregierung im Zusammenhang mit einer etwaigen Entscheidung der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen m. b. H. für eine Wiederaufarbeitungsanlage in Schwandorf (Bayern) die Endlagerung in Granitformationen der nördlichen Oberpfalz?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

5. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Bis wann wird der Bundeskanzler über die Nachfolge des bisherigen Staatsministers Dr. Jenninger im Bundeskanzleramt entscheiden, und welches sind die Gründe für die Verzögerung der Entscheidung?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

6. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU)
- Wie haben sich die steuerlich zulässigen Höchstsätze für den Abzug von Reisekosten- und Verpflegungsaufwand für In- und Auslandsreisen bei der Lohn- und Einkommensteuer in den letzten zehn Jahren entwickelt, und beabsichtigt die Bundesregierung eine Anpassung an die aktuelle Kostenentwicklung, insbesondere im Ausland?
7. Abgeordneter
Wieczorek
(Duisburg)
(SPD)
- Welche Konsequenzen hat die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Nichtigkeit der Investitionshilfeabgabe für die Beratungen über den Nachtragshaushalt 1984 und den Haushalt 1985, die unmittelbar vor dem Abschluß stehen?
8. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit zu prüfen, ob und wie die Kosten für die Beschädigung oder Zerstörung von baulichen Anlagen, die im Rahmen der Kampfmittelräumung z. B. bei der Suche nach Bombenblindgängern des Zweiten Weltkrieges entstehen, den Grundstückseigentümern erstattet werden können, da gegenwärtig nur die Kosten für die eigentliche Ortung, Bergung, Entschärfung und den Abtransport von Bombenblindgängern von den jeweiligen Bundesländern getragen werden?
9. Abgeordneter
Antretter
(SPD)
- Bezieht sich die für Dieselfahrzeuge vorgesehene steuerliche Regelung auf alle Fahrzeuge dieser Art, oder in welcher Weise sollen schadstoffarme Dieselfahrzeuge (z. B. mit Rußfilter) besonders begünstigt werden?
10. Abgeordneter
Müntefering
(SPD)
- Um wieviel könnte der bleifreie Kraftstoff 1985/86 verbilligt werden, wenn die steuerlichen Mehreinnahmen, die durch die Verteuerung des verbleiten Kraftstoffs um zwei Pfennig entstehen, aufkommensneutral zugunsten des bleifreien Kraftstoffs eingesetzt würden, der bei der Zwei-Pfennig-Regelung immer noch deutlich teurer sein wird als verbleiter Kraftstoff?

11. Abgeordneter
Müntefering
(SPD)
- In welchem Umfang sind Personenkraftwagen in die steuerliche Begünstigung einbezogen, die mit beigeacktem Katalysator gekauft worden sind, und wie müssen Besitzer solcher Personenkraftwagen den Nachweis führen, daß sie einen mit Katalysator ausgerüsteten Personenkraftwagen fahren, wenn sie den steuerlichen Vorteil in Anspruch nehmen wollen?
12. Abgeordneter
Uldall
(CDU/CSU)
- Wie viele bundeseigene Wohnungen sind bisher auf Grund des BMF-Erlasses vom 4. November 1983 veräußert worden, und wie hoch ist ihr Anteil am Gesamtbestand bundeseigener Wohnungen?
13. Abgeordneter
Uldall
(CDU/CSU)
- Wie viele der verkauften bundeseigenen Wohnungen wurden an die Mieter und wie viele wurden an Dritte verkauft?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

14. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung inzwischen über die Einzelheiten der Fusion der Firmen Klöckner und Krupp informiert, und welche Forderungen zieht sie daraus für den Stahlerzeugungsstandort Georgsmarienhütte?
15. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, in welcher Höhe die fusionierten Unternehmen Klöckner/Krupp Subventionen von der Bundesregierung verlangen und ob dadurch der Stahlerzeugungsstandort Georgsmarienhütte gesichert wird?
16. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD)
- Auf welcher Rechtsgrundlage und unter welchen Voraussetzungen ist die Bundesregierung in der Lage, für die Fusion der Stahlbetriebe von Krupp und Klöckner öffentliche Mittel zur Verfügung zu stellen?
17. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD)
- Wird die Bundesregierung die Bewilligung öffentlicher Mittel davon abhängig machen, daß es zu keiner Schließung der Georgsmarienhütte kommt?
18. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß sich der Strompreis durch die Auflagen der Verordnung über Großfeuerungsanlagen in unzumutbarer Weise erhöht und der Braunkohlenstrom Höchstpreisstrom zu werden droht?
19. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung beim Einsatz der hohen staatsverbürgten deutschen Kredite, mit deren Hilfe zahlreiche Kohlenbergwerke in Oberschlesien modernisiert werden sollen, auf der Minderung der katastrophalen Luftraumverschmutzung durch Vorkehrungen zur Rauchgasentschwefelung bestehen, um den Menschen in

Oberschlesien, Deutschen und Nicht-Deutschen, zu einem erträglicheren Leben zu helfen und die über Oberschlesien weit hinausreichenden Folgen des Ausstoßes großer Mengen schwefelhaltigen Rauchgases zu mindern?

20. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)

Nach welchen Kriterien wählt die Bundesregierung im Rahmen der Beratungshilfe die „Zuwendungsleitstellen“ aus, und warum ist bisher der Europaverband der Selbständigen (BVD) nicht als Zuwendungsleitstelle anerkannt worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

21. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)

Inwieweit bestätigt die Bundesregierung die in früheren Jahren gemachte Erfahrung, daß die verbilligte „Weihnachtsbutter“ aus Lagerbeständen in den privaten Haushalten nicht auf Vorrat eingefroren werden darf, da sie nach dem Wiederauftauen ungenießbar geworden ist?

22. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)

Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um die Verbraucher davor zu schützen, daß sie aus Unkenntnis „Weihnachtsbutter“ in größerer Menge einfriert, obwohl die Butter nach dem Auftauen ungenießbar geworden ist, und wird sie eine diesbezügliche Kennzeichnungspflicht veranlassen?

23. Abgeordnete
Frau
Dr. Bard
(DIE GRÜNEN)

Hat die Kommission der Europäischen Gemeinschaften ihre Voruntersuchung zur Überprüfung der Frage abgeschlossen, ob gegen die Bundesrepublik Deutschland ein Vertragsverletzungsverfahren wegen unzureichender Umsetzung der Richtlinie 79/409/EWG über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten in das Recht des Bundes und der Länder beim Europäischen Gerichtshof eingeleitet werden muß?

24. Abgeordnete
Frau
Dr. Bard
(DIE GRÜNEN)

Sind der Bundesregierung die Vorwürfe inhaltlich bekannt, die zu dieser Voruntersuchung bzw. bereits zur Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens Anlaß geben, und wie lauten diese?

25. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die z. B. zum Holzeinschlag benutzten Motorsägen bei normalem Betrieb erhebliche Mengen Motoröl – angeblich bis zu einem Liter pro Stunde – verlieren, und daß dieses Öl, da eine Auffangvorrichtung oder ähnliches fehlt, ungehindert in den Erdboden eindringt?

26. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD)
- Kann die Bundesregierung angeben, wieviel Liter Grundwasser durch einen Liter Motoröl verseucht werden, und hält sie es unter Berücksichtigung dieser Zahlen für notwendig, eine bessere technische Ausstattung für Motorsägen vorzuschreiben, um den unkontrollierten Ölverlust zu vermeiden?
27. Abgeordnete
Frau Weyel
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung Versuche, durch Einsatz von EDV-Systemen in Verbindung mit Bodenuntersuchungen bzw. Schädlingszählungen eine genaue Dosierung und damit sparsameren Verbrauch von Dünge- und Pflanzenbehandlungsmitteln in Landwirtschaft und Gartenbau zu ermöglichen, und ist sie bereit, zum Schutz von Boden und Wasser diese Entwicklung zu fördern?
28. Abgeordneter
Stockhausen
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über den Milchauszahlungspreis in den deutschen Molkereien vor, und zwar September 1984 im Verhältnis zum September 1983 und Oktober 1984 im Verhältnis zum Oktober 1983, ohne Mehrwertsteuer und mit Mehrwertsteuer?
29. Abgeordneter
Dr. Schwenk
(Stade)
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Betriebsaufspaltungen im Zusammenhang mit der Milchquotenregelung entgegenzutreten?
30. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß auf Grund der bekannten „Cassis“-Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) und der Neuausrichtung der EG-Harmonisierungs politik das in der Bundesrepublik Deutschland im nichtharmonisierten Bereich bestehende System zur Ordnung der Agrarmärkte und des Lebensmittelsektors – wie z. B. die tragenden Prinzipien des nationalen Milchrechts wie Standardisierung, Reinheitsgebot, Nachahmungsverbot und Mischungsverbot – in hohem Maße gefährdet sind, weil dem grenzüberschreitenden Warenverkehr ohne Rücksicht auf die Verwirklichung von dringend benötigten Gemeinschaftsregelungen Vorrang eingeräumt wird?
31. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Ist auch die Bundesregierung der Auffassung, daß Land- und Milchwirtschaft angesichts der schwierigen Lage auf dem Milchmarkt und der zu einer Produktionseinschränkung ergriffenen Maßnahmen einerseits und der berechtigten Verbrauchererwartung mit einem hohen Qualitätsanspruch andererseits auf einen besonderen Schutz angewiesen sind?
32. Abgeordnete
Frau Dr. Vollmer
(DIE GRÜNEN)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, Maßnahmen gegen eine Entwicklung der sinkenden Preise und Einkommen der Bauern zu ergreifen, die gleich in doppelter Hinsicht eine Verschärfung der wirtschaftlichen Lage der Bauern bedeutet, zuerst durch die Mengenreduzierung und zusätzlich durch Preisreduzierungen?

33. Abgeordnete
**Frau
Dr. Vollmer**
(DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung bereit, andere Systeme zur Lösung der sozialen, wirtschaftlichen und Mengen-Problematik des Milchmarkts zu prüfen und gegebenenfalls auch einzusetzen, und hat sie sich schon mit dem System der nach Liefermenge gestaffelten Auszahlungspreise für Milch, wie es von der Fraktion DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag vorgeschlagen wurde, auseinandergesetzt?
34. Abgeordneter
**Dr. Schmidt
(Gellersen)**
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Pressemeldungen bestätigen, wonach das EG-Quotensystem bei Milch zu einem neuartigen grenzüberschreitenden Milchhandel zwischen den Niederlanden und Belgien geführt hat, und sind der Bundesregierung ähnliche Handelsgeschäfte zwischen der Bundesrepublik Deutschland und anderen EG-Ländern bekannt?
35. Abgeordneter
**Dr. Schmidt
(Gellersen)**
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob und in welchem Umfang deutsche Marktmolkereien Milch aus Gebieten außerhalb ihres Einzugsbereichs, u. a. auch aus den Niederlanden, zukaufen, um die durch die Milchkontingentierung bedingte Unterauslastung ihrer Kapazitäten zu verbessern bzw. eingegangene Verträge beim Absatz von Milchprodukten einhalten zu können?
36. Abgeordneter
Schmidbauer
(CDU/CSU)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um zu verhindern, daß einzelne Molkereien zu Lasten ihrer Milcherzeuger eine Abgabe an die Europäische Gemeinschaft zahlen müssen, obwohl absehbar ist, daß die Milcherzeuger ihres Einzugsgebietes insgesamt die Referenzmenge nicht erreichen werden?
37. Abgeordneter
Schmidbauer
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, nicht ausgeschöpfte Referenzmengen einzelner milcherzeugender Betriebe zur Unterstützung von Betrieben, die in ihrer Einkommenssituation von der Abzugsregelung besonders hart betroffen sind, verfügbar zu machen?
38. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung für den Fall, daß durch die Zahl und das Volumen der Härtefälle nach der Milchgarantiemengenverordnung die einzusparende Menge nicht erreicht wird, eine weitere Absenkung der Quote für die übrigen Milcherzeuger?
39. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU)
- Ist es beabsichtigt, die Gewährung von der sogenannten „Milchrente“ auch in Zukunft davon abhängig zu machen, daß sich der Milcherzeuger verpflichtet, die Milchproduktion nicht nur für zehn Jahre, sondern endgültig aufzugeben?

40. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Kann bei der Fortschreibung des Bergbauernprogramms im Rahmen einer Neukonzeption der Förderung von Landwirten mit einer Ausweitung des bisher ausgewiesenen benachteiligten Gebiet gerechnet werden?
41. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Liegt dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bereits ein Antrag der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen auf Erweiterung der Grenzen der benachteiligten Gebiete im Rahmen des Bergbauernprogramms vor?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

42. Abgeordneter
Urbanik
(SPD) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, daß Betriebsräte durch das Aushandeln von Sozialplänen nach den §§ 112 und 113 des Betriebsverfassungsgesetzes den endgültigen wirtschaftlichen Ruin von Unternehmen verschuldet haben?
43. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Arbeitnehmer in wie vielen Betrieben der Bundesrepublik Deutschland an Arbeitsplätzen arbeiten, an denen sie mit krebserzeugenden Stoffen in Berührung kommen?
44. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Wie ist die durchschnittliche Wartezeit zur Berufsberatung bei den Arbeitsämtern?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

45. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Steht der Absturz eines TORNADO-Flugzeuges in Bayern in ursächlichem Zusammenhang mit dem Verratsfall des verhafteten MBB-Abteilungsleiters?
46. Abgeordneter
Pauli
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung den Dienstzeitausgleich für geleistete Wochenenddienste der Wehrpflichtigen und Zeitsoldaten?
47. Abgeordneter
Pauli
(SPD) Welche Einheiten der Bundeswehr (Standort Koblenz/Lahnstein) gewähren für Wochenenddienstleistungen in welchem Umfang Dienstzeitausgleich?

48. Abgeordneter
Wilz
(CDU/CSU)
- Auf welchem Wege gibt die Bundesregierung den jungen wehrpflichtigen Mitbürgern die Gelegenheit, sich über den Wehrdienst und Verwendungsmöglichkeiten darin zu informieren, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, unter dem Gesichtspunkt der frühzeitigen Berufsentscheidung – angesichts knapper Lehrstellensituation – eine Wehrdienstberatung bei jungen Männern auch dann vorzunehmen, wenn deren Einberufung nicht unmittelbar bevorsteht?
49. Abgeordneter
Wilz
(CDU/CSU)
- Auf welchem Wege informiert die Bundesregierung die jungen wehrpflichtigen Bürger und andere Interessierte über die mit dem Wehrdienst zusammenhängenden Fragen, und tut sie es so rechtzeitig, daß die jungen Wehrpflichtigen – z. B. beim Vorliegen einer Lehrstelle – rechtzeitig und einvernehmlich disponieren können?
50. Abgeordnete
Frau Nickels
(DIE GRÜNEN)
- Wie viele Vorsitzende von Ausschüssen für Kriegsdienstverweigerer gemäß dem 3. Abschnitt des Kriegsdienstverweigerungsgesetzes sind zur Zeit mit einem zeitlich befristeten Arbeitsvertrag und mit welcher Dauer beschäftigt?
51. Abgeordnete
Frau Nickels
(DIE GRÜNEN)
- Nach welchen Kriterien entscheidet die Wehrbereichsverwaltung über eine Verlängerung dieser Verträge, und wie viele Fälle sind der Bundesregierung bekanntgeworden, in denen Ausschußvorsitzende wegen zu hoher Anerkennungsquoten von ihrer vorgesetzten Dienststelle mit disziplinarischen oder anderen arbeitsrechtlichen Mitteln belangt worden sind?
52. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD)
- Wer hat im Verantwortungsbereich der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Beschaffung von sieben Flugzeugen des Typs CHALLENGER CL 601 der Herstellerfirma Canadair für die Flugbereitschaft des Bundesministeriums der Verteidigung mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten schriftlich oder mündlich Kontakt gehabt?
53. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung auf Grund ihrer vergleichenden Bewertung umfangreicher Daten zunächst auch dem Jet-Geschäftsreiseflugzeug Gulfstream III, eines sich um den Lieferauftrag bewerbenden amerikanischen Herstellers die verlangte Qualifikation (ausreichende Passagierkapazität, Geräumigkeit der Kabine, Mittelstreckenreichweite, hohe Reisegeschwindigkeit, logistische Versorgung) zuerkannte, und welche Rolle hat für die schließliche Beschaffung der CHALLENGER CL 601 die von „ausgezeichneten fachlichen Kenntnissen“ getragene Analyse und Endbewertung dieses Typs durch den Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß gespielt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

54. Abgeordnete
Frau Reetz
(DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung davon unterrichtet, daß die Baumaßnahmen an der Bundesstraße 33 neu – Zubringer Haslach/Kinzigtal-West – weiter betrieben werden, obwohl der Petitionsausschuß mit Beschluß vom 17. Oktober 1984 (Drucksache 10/2138) die Bundesregierung aufgefordert hat, diese Arbeiten nur bei erwiesener Unmöglichkeit der Lösung „provisorische Anbindung zwischen Baukilometer 2,0 und 2,8“ und auch dann in über die bereits vorgelegten Änderungsvorschläge hinausgehender Reduzierung der Bauwerke an der Anschlußstelle zu betreiben?
55. Abgeordnete
Frau Reetz
(DIE GRÜNEN)
- Warum hat die Bundesregierung nicht sofort nach Eingang des Antrags des Petitionsausschusses einen Baustopp erlassen, um die Aufstellung der Kosten für den Grundstückserwerb und die Baumaßnahmen vorzunehmen, und das Entstehen weiterer Sachzwänge zu verhindern?
56. Abgeordneter
Hansen (Hamburg)
(SPD)
- Liegen der Deutschen Bundesbahn Einsatz-Erfahrungsberichte der Feuerwehren und Forschungsergebnisse über Brände schienenengebundener Fahrzeuge in Tunnelanlagen vor, in denen Aussagen über den Brandverlauf und die Brandausbreitungsgeschwindigkeit getroffen werden?
57. Abgeordneter
Hansen (Hamburg)
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es – im Hinblick auf Brandfälle in Schienenfahrzeugen der Deutschen Bundesbahn (DB), insbesondere bei Bränden in unterirdischen Bahnhöfen und Tunnelanlagen, die in verschiedenen Städten aufgetreten sind – derzeit ein Sicherheitsproblem für Fahrgäste gibt, das die DB veranlassen müßte, unverzüglich Vorschlägen der Feuerwehr-Experten, z. B. zur Schaffung einer Überbrückungsmöglichkeit des Notbremssystems durch den Zugführer sowie zur Einrichtung von Sprechfunkverbindungen für Feuerwehr und Polizei in den vorhandenen Tunnelanlagen für den schienenengebundenen Nahverkehr der DB zu realisieren?
58. Abgeordneter
Stahl (Kempen)
(SPD)
- Wie vereinbart die Bundesregierung den Gedanken zur Öffnung der europäischen Grenzen, der insbesondere in den letzten Monaten von seiten des Bundeskanzlers immer stärker propagiert wurde, mit der Tatsache, daß parallel hierzu die historisch gewachsene Verbindung der Bundesbahnteilstrecke 470 zwischen Kempen—Kleve-Kranenburg—Nijmegen, und die auf dieser Strecke fahrenden internationalen Züge D 216/217 (Austria-Express) „wegasaniert“ werden sollen?

59. Abgeordneter
Stahl
(Kempfen)
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung unter dem Aspekt des Umweltschutzes, den Lastwagen- und Individualverkehr auf die Schiene zu verlagern, die geplante Stilllegung, insbesondere im Hinblick darauf, daß die Strecke über Tiel, Nijmegen und Kleve die einzige Querverbindung ist, die noch nicht überlastet ist und somit die zu erwartenden Zusatzkapazitäten an Containertransporten von Rotterdam aus auffangen kann?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
das Post- und Fernmeldewesen**

60. Abgeordneter
Conradi
(SPD)

Warum hat die Bundesregierung in der Beantwortung meiner Frage (Drucksache 10/1775, Frage 87) verschwiegen, daß sie neben der Schließung des Postamtes Stuttgart 401 und der Zusammenlegung der Postämter Stuttgart 142/144 und 104/122 auch das Postamt 510 in Steinhaldenfeld schließen bzw. verlegen wird?

61. Abgeordneter
Conradi
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß diese Schließung vor allem ältere und gehbehinderte Menschen betrifft, die zukünftig ein steiles Straßenstück und danach eine stark befahrene Straße bewältigen müssen, während sie bisher das Postamt unmittelbar im Einkaufszentrum ihres Wohngebiets (rund 3 700 Einwohner) hatten, und ist die Bundesregierung bereit, mir ohne Einschränkungen mitzuteilen, welche Postämter in Stuttgart sie außerdem zu schließen bzw. zusammenzulegen beabsichtigt?

62. Abgeordneter
Zander
(SPD)

Wie ist die in der Presse als Drohung interpretierte Äußerung des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen, er werde die Verkabelung in Nordrhein-Westfalen stoppen, wenn die Landesregierung eigene medienpolitische Beschlüsse faßt, im Verhältnis von Verfassungsorganen untereinander zu werten?

63. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD)

Ist der Bundesregierung der Sachverhalt bekannt, daß zwei über die Deutsche Bundespost vom ehemaligen jüdischen Mitbürger Max Loewenstein aus Hohenlimburg am 26. und 27. Oktober 1982 nach Israel versandte Pakete, die wertvolle Geschenke im Wert von 2 000 DM enthielten, dort nicht ankamen, weil sie auf Deck eines Schiffes in einem Container befördert wurden, der „ins Meer gerissen wurde“ (Oberpostdirektion Dortmund), und welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus diesem Vorfall zu ziehen?

64. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, eine Änderung des Postabkommens von Rio de Janeiro von 1979 anzustreben, die vorsieht, daß die völlig unzureichende Höchstgrenze bei Verlustentschädigung

von bis zu 120 Schweizer Franken pro Paket mindestens auf den im Inlandsbereich gültigen maximalen Entschädigungsbetrag von 500 DM angehoben wird?

65. Abgeordneter
Kleinert
(Marburg)
(DIE GRÜNEN)

Welche konkreten Umstände haben bewirkt, daß die Postbeamten Repp, Bastian und Goergens vor Abschluß des Hauptverfahrens vom Dienst suspendiert wurden, nachdem deren Tätigkeit für die DKP seit vielen Jahren bekannt war und sie ihren Dienst nach Auffassung ihrer Dienst-vorgesetzten ordnungsgemäß erfüllt hatten und ihre Tätigkeit in der Vergangenheit von Post-kunden nicht beanstandet wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

66. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)

Wann wird nach Auffassung der Bundesregierung unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (Einkommensentwicklung, Zinsniveau) in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohneigentumsquote von 50 v. H. erreicht werden können?

67. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)

Wie trägt die Bundesregierung bei der von ihr geplanten Neuordnung der steuerlichen Wohnungsbauförderung dem Umstand Rechnung, daß der Anteil an Wohneigentum vor allem in städtischen Gebieten und bei mittleren Einkommensgruppen gering ist?

68. Abgeordneter
Waltemathe
(SPD)

Zu welchen Erkenntnissen und Schlußfolgerungen für ihre Wohnungs- und Städtebaupolitik ist die Bundesregierung durch die China-Reise des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau gelangt?

69. Abgeordneter
Waltemathe
(SPD)

In welcher Höhe wird das Wohngeld eines berechtigten Rentnerhaushalts ab 1. Juli 1985 gekürzt, nachdem die Bruttorentenerhöhung 3,3 v. H. betragen wird, von denen allerdings netto nur 1,07 v. H. verbleiben werden?

70. Abgeordneter
Sauermilch
(DIE GRÜNEN)

Mit welchen konkreten Ergebnissen und in welcher Begleitung hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Dr. Jahn, kurz nach der Delegationsreise des Bundeskanzlers nach China ebenfalls eine China-Reise unternommen?

71. Abgeordneter
Sauermilch
(DIE GRÜNEN)

Welche Kosten entstehen hierdurch insgesamt für den deutschen Steuerzahler?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

72. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU)
- Stimmen Zeitungsmeldungen, daß Bundesaußenminister Genscher der deutschen Generalkonsulin in Salzburg „eine scharfe interne Abmahnung erteilt hat“, und worauf begründet sich die „Abmahnung“?
73. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)
- Trifft es zu, daß der Bundesminister des Auswärtigen kürzlich zu einer Gesprächsrunde eingeladen hat, um – wie es in der Einladung heißt – „in einem repräsentativen Kreis Klarheit darüber zu gewinnen, ob Wissenschaft, Industrie und Stiftungen an der Gründung privater Informatikinstitute Interesse haben und ob sie den Versuch für aussichtsreich ansehen, die Finanzierung für solche Institute zusammenzubringen“?
74. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls die Tatsache, daß der Bundesminister des Auswärtigen damit offiziell im Bereich der Innenpolitik und hier besonders der Wissenschaftspolitik Initiativen ergreift, und sind diese mit den dafür zuständigen Ressorts abgestimmt?
75. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Meinung des US-Staatssekretärs Burt (Spiegel-Interview vom 22. Oktober 1984), daß es, was Polen betrifft, in der Allianz entscheidend um Geschlossenheit geht, aber in der Beurteilung der Verbesserung der Lage im polnischen Machtbereich doch unterschiedliche Auffassungen herrschen?
76. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um der hungerleidenden Bevölkerung in schwerzugänglichen Lagern in Äthiopien Hilfe zukommen zu lassen, und welche Maßnahmen sind dies insgesamt in Verbindung mit karitativen Organisationen und dem Deutschen Roten Kreuz?
77. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD)
- Kann die Bundesregierung veranlassen, daß aus der Vorratshaltung der EG Hilfsgüter nach Äthiopien gelangen?
78. Abgeordnete
Frau
Gottwald
(DIE GRÜNEN)
- Wie schätzt die Bundesregierung die Gefahr einer militärischen Eskalation im Verhältnis der USA zu Nicaragua anlässlich der Verletzung des nicaraguanischen Luftraums durch US-Aufklärungsflugzeuge, der Möbilmachung der 82. Luft-Land-Brigade der USA in South-Carolina, die Ende 1983 die Invasion auf Grenada durchgeführt hat, der politischen Mißachtung der nicaraguanischen Wahlen durch die US-Regierung, der Verletzung der nicaraguanischen Hoheitsgewässer durch die USA ein, und was unternimmt sie im Rahmen ihres Bündnisses, um die USA von einem militärischen Eingreifen abzubringen?

79. Abgeordnete
**Frau
Gottwald**
(DIE GRÜNEN)
- Wer ist nach Meinung der Bundesregierung der Verursacher der militärischen Aggressionen im Inneren Nicaraguas, wonach sich das Recht auf Widerstand gegen den Angreifer ableiten würde, und wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Äußerung des Staatsministers Möllemann vom 8. November 1984, der die bewaffneten konterrevolutionären Gruppen in Nicaragua als „Widerstandsorganisationen“ bezeichnet?
80. Abgeordneter
Sauer
(**Salzgitter**)
(CDU/CSU)
- Wird der Bundesaußenminister bei seinem Besuch in Warschau wegen der andauernden Mißverständnisse in der Volksrepublik Polen und in der Bundesrepublik Deutschland die Gelegenheit nutzen, aufklärend darauf hinzuweisen, daß die Feststellung des Warschauer Vertrages vom 7. Dezember 1970, daß die Oder-Neiße-Linie die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet und die Bundesrepublik Deutschland und Polen gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben, nicht bedeutet, daß die Gebiete östlich von Oder und Neiße mit dem Inkrafttreten der Ostverträge aus der rechtlichen Zugehörigkeit zu Deutschland entlassen und der Souveränität, also sowohl der territorialen wie der personalen Hoheitsgewalt der Sowjetunion und Polens unterstellt worden seien?
81. Abgeordneter
Sauer
(**Salzgitter**)
(CDU/CSU)
- Wird der Bundesaußenminister wegen der andauernden Mißverständnisse in der Volksrepublik Polen und in der Bundesrepublik Deutschland während seines Besuches in der polnischen Hauptstadt die Gelegenheit nutzen, aufklärend darauf hinzuweisen – auch unter Bezugnahme auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Mai 1984 –, „daß die Bundesrepublik Deutschland mit den Ostverträgen deutsches Gebiet nicht abgetreten hat“ und aus diesem Grunde bezüglich der deutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße keine Gebietsansprüche stellt und zu stellen braucht und daß die endgültige Festsetzung der Grenzen Deutschlands bis zu einer frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelung für ganz Deutschland aufgeschoben ist (vgl. die Antwort der Bundesregierung in Drucksache 9/678 vom 20. Juli 1981 A 15, Seite 6)?
82. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Ist der Bundesregierung der Inhalt des Geheimen Zusatzprotokolls des Nichtangriffspaktes zwischen Hitler und Stalin vom 23. August 1939 bekannt, und wenn ja, sieht die Bundesregierung sich als Rechtsnachfolgerin des deutschen Staates, der dieses Protokoll unterzeichnet hat?
83. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Inhalt des Geheimen Zusatzprotokolls zum Nichtangriffspakt vom 23. August 1939, und welche Teile werden weiterhin als völkerrechtlich verbindlich eingestuft?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

84. Abgeordneter
Schulhoff
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch Senkung der Flammentemperatur und/oder des Verbrennungsluftüberschusses bei der Feuerung von Kesselanlagen, deren Anlagenbetreiber unter die Verordnung über Großfeuerungsanlagen – 13. BImSchV – fallen, ohne große technische Umstellungen die NO_x-Emission bis zu 30 v. H., was insgesamt einigen 100 000 Jahrestonnen entsprechen würde, gesenkt werden kann?
85. Abgeordneter
Schulhoff
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung in Anbetracht dieser schon sehr schnell zu erzielenden NO_x-Reduktion nicht für erforderlich, Anlagenbetreiber, die unter die Verordnung über Großfeuerungsanlagen – 13. BImSchV – fallen, zu verpflichten, bereits im Jahre 1985 die Schadstoffreduzierung herbeizuführen?
86. Abgeordneter
Sielaff
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel Verpackungsmaterial jährlich etwa anfällt, und wieviel Prozent dieses Materials nicht wiederverwertbar ist?
87. Abgeordneter
Sielaff
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Flut von nicht wiederverwertbarem Verpackungsmaterial deutlich einzudämmen?
88. Abgeordneter
Dr. Ehmke
(Ettlingen)
(DIE GRÜNEN)
- Welche Aufgaben soll der vom Bundesinnenminister einberufene Projektbeirat zum „Großversuch Tempolimit“ übernehmen?
89. Abgeordneter
Dr. Ehmke
(Ettlingen)
(DIE GRÜNEN)
- Inwieweit beabsichtigt die Bundesregierung, neben den neutralen Institutionen Umweltbundesamt und Bundesanstalt für Straßen- und Verkehrswesen sowie den Interessenverbänden, Verband der Automobilindustrie und ADAC auch Vertreter der Umweltschutzverbände in den Projektbeirat zu berufen?
90. Abgeordneter
Kleinert
(Marburg)
(DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß andere vergleichbare europäische Länder Berufsverbote nicht kennen, Verfassungstreue oder Sicherheitsgewähr vielmehr amtsbezogen definiert wird, im Hinblick auf die europäische Integration?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

91. Abgeordnete
Frau
Roitzsch
(Quickborn)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen als einzige Berufs- und Bevölkerungsgruppe in der Bundesrepublik Deutschland seit nunmehr acht Jahren keine Anpassung ihrer Gebühren an die Einkommens- und Kostenentwicklung erhalten haben?

- | | |
|---|--|
| 92. Abgeordnete
Frau
Roitzsch
(Quickborn)
(CDU/CSU) | Wann und in welcher Höhe beabsichtigt die Bundesregierung, die Gebühren der öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen anzuheben? |
| 93. Abgeordneter
Peter
(Kassel)
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung rechtlich und politisch die in der Öffentlichkeit erhobenen Forderungen des ehemaligen Anklägers in den Nürnberger Prozessen, Robert Kempner, gegenüber dem Flick-Konzern, die dem Konzern auferlegten Entschädigungen gegenüber überlebenden Zwangsarbeitern zu zahlen? |
| 94. Abgeordneter
Peter
(Kassel)
(SPD) | Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Entschädigungszahlungen an die überlebenden Zwangsarbeiter sicherzustellen? |

Bonn, den 9. November 1984

